

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
31.10.2011
Ausschussbetreuender Fachbereich
Umwelt und Technik
Schriftführung
Willi Schmitz
Telefon-Nr.
02202-141382

Niederschrift

Infrastrukturausschuss
Sitzung am Mittwoch, 13.07.2011

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:05 Uhr - 17:30 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Infrastrukturausschusses am 24.05.2011 - öffentlicher Teil -
0340/2011**
- 4 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**

- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters****

- 5.1 **HSK-Maßnahme 8.823.3 - Optimierung der Gebäudereinigung; Information über
erfolgsgefährdende Mehraufwendungen gemäß § 15 Abs. 3 EigVO NRW
0368/2011****

- 6 **Regenwasserbehandlung Einleitstelle A 66 (Kieppemühle)
0251/2011****

- 7 **Kanalbauarbeiten "Bau und Sanierung RRB/RKB Giselbertstraße"
0338/2011****

- 8 **Dachsanierung der WC-Anlage, Umkleiden und Pausenhalle an der
Gemeinschaftsgrundschule Katterbach
0337/2011****

- 9 **Anträge der Fraktionen****

- 10 **Anfragen der Ausschussmitglieder****

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Infrastrukturausschusses des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, Herr Felix Nagelschmidt, begrüßt die anwesenden Teilnehmer der 10. Sitzung des Ausschusses in der achten Wahlperiode und eröffnet die Sitzung um 17.05 Uhr. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungs- sowie fristgemäß eingeladen wurde, dass alle Mitglieder und Mitgliederinnen anwesend sind und der Ausschuss somit beschlussfähig ist.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Herr Schmitz erläutert, dass sich die Niederschrift aus der letzten Sitzung am 24.05.2011 aus diversen Gründen nicht mehr rechtzeitig zur heutigen Sitzung fertig gestellt und versandt werden konnte. Er schlägt daher vor, die Niederschrift sowohl für den öffentlichen wie auch für den nichtöffentlichen Teil in der kommenden Sitzung des Infrastrukturausschusses am 11.10.2011 zu genehmigen.

Hiermit zeigen sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Infrastrukturausschusses am 24.05.2011 - öffentlicher Teil - *0340/2011*

Der Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Infrastrukturausschusses am 24.05.2011 – öffentlicher Teil – wird zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Es werden keine Mitteilungen vorgetragen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

5.1. HSK-Maßnahme 8.823.3 - Optimierung der Gebäudereinigung; Information über erfolgsgefährdende Mehraufwendungen gemäß § 15 Abs. 3 EigVO NRW *0368/2011*

Der Vorsitzende verweist auf die Tischvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt.

Auf Anfrage von Herrn Komenda, warum die neuen Verträge erst zum 01.11. in Kraft treten könnten, erklärt Herr Martmann, dass es im Rahmen des Vergabeverfahrens eine Vergaberüge gegeben habe. Diese Rüge sei erst in der letzten Woche nach mehrfacher Fristverlängerung durch

die Vergabekammer behandelt worden. Nachdem die Stadt obsiegt habe, sei man guter Dinge, die Vergabe zum 01.11. als frühestmöglichen Termin vornehmen zu können.

Sodann nimmt der Ausschuss die Vorlage als Betriebsausschuss zur Kenntnis.

6. Regenwasserbehandlung Einleitstelle A 66 (Kieppemühle)
0251/2011

Bezogen auf die Frage von Herrn Außendorf, ob die in der Vorlage erwähnten Kosten für fremde Ingenieurleistungen in Höhe von 195.000 € nicht durch interne Ingenieure erbracht werden könnten, erklärt Herr Wagner, dass es hierfür innerhalb des Abwasserwerks keine Kapazitäten gebe.

In diesem Zusammenhang erinnert Herr Komenda an die letzte Infrastrukturausschusssitzung. Dort habe die Verwaltung zugesagt, eine Vergleichsberechnung von internen und externen Ingenieurleistungen für derartige Maßnahmen vorzulegen. Er möchte wissen, wann mit diesen Ergebnissen zu rechnen sei.

Hierzu erklärt Herr Wagner, dass eine solche Beispielrechnung bis zur kommenden Ausschusssitzung erstellt werde, da eine derartige Aufbereitung etwas Zeit in Anspruch nehme.

Im Anschluss fasst der Infrastrukturausschuss bei 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDitiative) bei einer Gegenstimme (DIE LINKE./BfBB) den Beschluss:
Der Infrastrukturausschuss beschließt die Umsetzung der Kanalbaumaßnahme Regenwasserbehandlung Einleitstelle A 66 (Kieppemühle) auf Grundlage der beigefügten Kostenschätzung.

7. Kanalbauarbeiten "Bau und Sanierung RRB/RKB Giselbertstraße"
0338/2011

Der Infrastrukturausschuss bei 16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und KIDitiative) bei einer Gegenstimme (DIE LINKE./BfBB) den Beschluss:

Der Infrastrukturausschuss beschließt die Umsetzung der unter „Erläuterung“ näher beschriebenen Kanalbaumaßnahme „Bau und Sanierung RRB/RKB Giselbertstraße“.

8. Dachsanieierung der WC-Anlage, Umkleiden und Pausenhalle an der Gemeinschaftsgrundschule Katterbach
0337/2011

Inwieweit der Umbau des vorhandenen Flachdachs in ein Satteldach möglich sei, möchte Herr Krafft wissen.

Herr Martmann weist darauf hin, dass diese Variante bereits im Vorfeld geprüft worden sei. Jedoch seien die Aufwendungen für die Errichtung eines Satteldaches außerordentlich hoch gewesen, so dass man den Gedanken aus diesem Grunde nicht weiterverfolgt habe. Darüber hinaus wären durch den Einbau eines Gefälles höhere Kosten für die Dämmung angefallen, ferner hätte eine Anpassung der Lichtkuppeln erfolgen müssen, so dass die Umwandlung unter dem Strich nicht wirtschaftlich gewesen sei.

Herr Schundau fragt an, ob alternativ die Möglichkeit einer Dachbegrünung geprüft worden sei. Weiterhin möchte er wissen, ob im Zuge der Dachsanieierung eine Sensorsteuerung für die Lichtkuppeln mit vorgesehen worden sei.

Diesbezüglich erklärt Herr Martmann, dass die Frage einer etwaigen Dachbegrünung nicht geprüft worden sei. Jedoch gehe er davon aus, dass diese Variante teurer sei als eine konventionelle Dachsanierung. Darüber hinaus habe man den nachträglichen Einbau der Sensoren an den Lichtkuppeln vorbereitet. Jedoch habe es an dieser Schule mit den Lichtkuppeln bis dato keine Probleme gegeben, da der dortige Hausmeister dieser stets rechtzeitig schließe. Ergänzend zu seinen bisherigen Ausführungen zum Satteldach weist er noch darauf hin, dass es in anliegenden Bereichen Fenster gebe, die im Falle der Errichtung eines Satteldaches verdeckt würden.

Herr Samirae fragt an, inwieweit auf dem sanierten Dach eine Photovoltaikanlage betrieben werden könne oder ob dies möglicherweise durch die benachbarte Turnhalle nicht in Frage käme.

Hierzu erklärt Herr Martmann, dass eine derartige Nutzung zum größten Teil möglich sein müsste und sagt eine genaue Prüfung zu.

Herr Henkel möchte unter Hinweis auf Punkt 4 der Vorlage wissen, ob die Durchführung der Maßnahme in den Sommerferien 2011 gesichert sei, da der Vergabeausschuss hierüber noch keinen Beschluss gefasst habe.

Diesbezüglich erklärt Herr Martmann, dass die Maßnahme aufgrund des Volumens von unter 500.000 € brutto derzeit nicht im Vergabeausschuss beschlossen werden müsse.

Sodann fasst der Infrastrukturausschuss einstimmig den Beschluss:

Der Infrastrukturausschuss beschließt die Dachsanierung der WC-Anlage, Umkleiden und Pausenhalle an der Gemeinschaftsgrundschule Katterbach.

9. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge vor.

10. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Krafft:

Wir haben vor einiger Zeit im Ausschuss einen Kanalsanierungsplan beschlossen. Ich möchte wissen, wie dort der Stand der Dinge momentan ist.

Hierzu erklärt Herr Wagner, dass derzeit die Sanierung insbesondere in den nördlichen Stadtbezirken wie z.B. Schildgen intensiv durchgeführt werde. Dort liege man z.Zt. im Plan. Ungeachtet dessen fordere z.B. die Bezirksregierung stets eine Straffung der Sanierungsmaßnahmen.

Herr Außendorf:

Es ist im Ausschuss bereits öfter darüber gesprochen worden, inwieweit der Stadtentwicklungsbetrieb auf seinen Liegenschaften selber Energie erzeugen könne, soweit diese dafür geeignet seien. Diese Aufgabe sollte in den Geschäftszweck des Betriebes mit aufgenommen werden. Ich möchte nunmehr wissen, ob diese Frage bereits abschließend geprüft wurde und wenn ja mit welchem Ergebnis.

Diesbezüglich verweist Herr Martmann darauf, dass diese Frage eigentlich im Verwaltungsrat des Betriebes zu erörtern sei, jedoch gebe es eine starke Querverbindung zum Infrastrukturausschuss, auch hinsichtlich der Frage, inwieweit städtische Liegenschaften mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden können. Er habe sich die Satzung des Betriebes noch einmal genau angeschaut

und sei dabei unsicher gewesen, ob dieser Zweck so von der Satzung abgedeckt sei. Nach Rücksprache mit dem Wirtschaftsprüfer des Betriebes sei dieser zu dem Ergebnis gekommen, dass dieser Zweck im Moment nicht durch die Betriebssatzung abgedeckt werde. Sofern beabsichtigt sei, über eine solche Konstruktion ein für die Stadt gewinnträchtiges Geschäft zu realisieren, müsste eine Änderung der Satzung des Immobilienbetriebs herbeigeführt werden.

Herr Komenda:

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr wurden in der letzten Woche mehrere Fahrbahnsanierungen beschlossen. In einem Gespräch mit einem Unternehmer für Signalbau teilte mir dieser mit, dass er erst jetzt die Anfrage zur Vergabe bekommen hätte. Vor diesem Hintergrund möchte ich wissen, ob die Verwaltung es als realistisch ansieht, diese Maßnahmen insgesamt in den Sommerferien durchführen zu können.

Herr Schmickler erklärt, es sei Ziel, möglichst viele der beschlossenen Maßnahmen in die großen Ferien zu legen. Allerdings gebe es ein Problem, wenn alle Baustellen parallel durchgeführt würden. Seiner Ansicht nach handele es sich um die Aussage einer einzelnen Firma, hieraus könne jedoch nicht gefolgert werden, dass alle Firmen dies nicht mehr schaffen würden. Aufgrund der Größe des Auftrages richte sich dieser ohnehin eher an die größeren Firmen, diese seien ohne weiteres in der Lage, ein solches Auftragsvolumen auch kurzfristig abzuwickeln. Er selbst gehe nicht davon aus, dass das gesamte Maßnahmenpaket in den Sommerferien abgewickelt werden könne. Ein wesentlicher Grund hierfür sei auch die Tatsache gewesen, dass man die Mittel für die Maßnahme erst sehr spät im Jahr bewilligt bekommen habe.

Weiterhin weist Herr Schacht darauf hin, dass der Beschluss in der kommenden Woche auf der Tagesordnung des Vergabeausschusses stehe.

Herr Henkel:

Ich nehme Bezug auf die Äußerungen von Herrn Martmann zur Satzung des Stadtentwicklungsbetriebes und bitte darum, für die kommende Sitzung des Verwaltungsrates einen entsprechenden Entwurf mit einem Änderungsvorschlag zur Aufnahme des Punktes Energiegewinnung aus regenerativen Energien als Betriebszweck vorzusehen.

Zu diesem Verfahren erklärt Herr Martmann, dass sich der Verwaltungsrat des Betriebs zunächst mehrheitlich für eine solche Satzungsänderung aussprechen und diese dann dem Rat zur Entscheidung vorlegen müsse. Anschließend könne dann der Rat über eine solche Satzungsänderung beschließen. Sofern diese wiederum beschlossen würde, müsse man die Satzung noch der Kommunalaufsicht zur Genehmigung vorlegen. Er erinnert daran, dass dieser Gedanken bereits in der Gründungsphase des Betriebs diskutiert worden sei, jedoch habe man seinerzeit große Probleme gehabt, den Betrieb überhaupt zu gründen. Hierzu habe es aufgrund der Situation im Nothaushalt der Stadt viele Gespräche mit der Kommunalaufsicht und der Bezirksregierung gegeben. Nun befinde man sich an einem Punkt, an dem die Projekte angeschoben würden und vernünftig anlaufen, so dass man sich über diese Frage durchaus im Sinne der Stadt Gedanken machen solle.

Herr Samirae:

Nachdem die Energiediskussion der Stadt nunmehr offensichtlich in die richtige Richtung zu laufen scheint, gebe ich zu Bedenken, dass sich die Stadt nicht nur auf Photovoltaikanlagen beschränken solle, sondern auch andere erneuerbare Energien mit in die Planung einbeziehen solle. So könne man zum Beispiel ab einem Durchmesser von 800 mm in Abwasserkanälen Wärmepumpen installieren, weiterhin sei es denkbar, entlang der Strunde durch Wasserkraft Energie zu erzeugen.

Diesbezüglich erläutert Herr Schmickler, dass man bei der Wärmenutzung aus dem Kanalsystem bereits Gespräche mit der BELKAW geführt habe. Man werde hier an der Sache dran bleiben und dem Ausschuss ggf. entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Herr Außendorf:

Ich habe der Presse die Äußerungen des Bürgermeisters über den Zustand des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums entnommen und möchte wissen, ob es für diese Äußerungen konkrete und sachlich begründbare Anhaltspunkte gibt.

Herr Schmickler zeigt Verständnis für diese politische motivierte Frage, erklärt hingegen, es gebe aus bauaufsichtlichen Gründen keine Veranlassung, die Schule zu schließen. Unbestritten sei, dass an dieser Schule ein hoher Sanierungsaufwand anstehe, was dem Ausschuss auch bekannt sei.

Anschließend beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.28 Uhr.

Bürgermeister

Schriftführung